Europa allein zu Haus

Von
STEPHAN
BIERLING

Illustrationen
AGNÈS
RICART

Donald Trump hat den Europäern die Zusammenarbeit brutal aufgekündigt, sie sogar zu Feinden erklärt. Jetzt sind sie völlig unvorbereitet auf eine Welt, in der das Recht des Stärkeren gilt – und suchen verzweifelt nach neuen Wegen.

Selten in der Geschichte kann man Anfang oder Ende eines Zeitalters mit einem konkreten Datum versehen. Meist reift eine neue Epoche langsam heran oder verabschiedet sich in einer zähen Phase des Siechtums. Die westliche liberale Ordnung etwa entstand in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre Schritt für Schritt. Sie gründete auf individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Marktwirtschaft und Freihandel, auf Institutionen wie der Uno, dem IWF, der Weltbank und der Nato und umfasste neben Nordamerika vor allem die Staaten Westeuropas. Nach dem Zerfall der Sowjetunion kamen die meisten anderen Nationen des Kontinents hinzu. Getragen wurde die Ordnung von der militärischen und wirtschaftlichen Macht der USA, die die Sicherheit der Partner gewährleisteten und ihre Zusammenarbeit organisierten.

Der Todeszeitpunkt dieser Ära lässt sich, und das ist historisch außergewöhnlich, präzise bestimmen: Es war am späten Vormittag des 28. Februar 2025, als Donald Trump seinen ukrainischen Amtskollegen und bisherigen Verbündeten Wolodymyr Selenskyj nach einem heftigen Streit vor laufenden Kameras aus dem Weißen Haus schmiss. Der Rauswurf war Höhepunkt zweier dramatischer Wochen, in denen Washington die transatlantische Partnerschaft meuchelte. Am 12. des Monats hatte Verteidigungsminister Pete Hegseth bei der Nato in Brüssel verkündet, die USA würden sich künftig um die Sicherheit ihrer eigenen Grenzen kümmern und nicht mehr um die Europas. Zwei Tage später erklärte J. D. Vance, Vizepräsident und Kettenhund Trumps, auf der Münchner Sicherheitskonferenz der Alten Welt den Kulturkrieg. Ihm bereiteten nicht Russland oder China die meisten Sorgen, so Vance in seiner verqueren Sicht der Realität. Vielmehr sei es Europa, von dem die größte Gefahr ausgehe, weil es sich von den gemeinsamen, sprich: trumpschen, Werten abgewandt habe.

Am 16. Februar folgte der nächste Hieb, als die USA direkte Gespräche mit Russland über die Zukunft der Ukraine in Saudi-Arabien begannen unter Ausschluss des angegriffenen Landes und Europas. Kurz darauf wollte Trump, einem Mafiaboss gleich, Selenskyj per Knebelvertrag die Bodenschätze seines Landes abpressen. Als der sich weigerte, übernahm Trump eins zu eins russische Propaganda, denunzierte ihn als Diktator und bezichtigte ihn, den Krieg begonnen zu haben. Und am 24. Februar, dem dritten Jahrestag der russischen Invasion, stimmten die USA mit Russland, Nordkorea, Belarus und einigen afrikanischen Putschisten-Regimen, aber auch mit Israel und Ungarn, in der UN-Generalversammlung gegen eine Verurteilung von Putins Vernichtungskrieg und stellten sich damit auf die Seite des Aggressors.

Der Kreml konnte sein Glück kaum fassen. „Das unverschämte Schwein hat endlich eine ordentliche Ohrfeige im Oval Office bekommen“, feixte Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow triumphierte, der neue US-Präsident teile „weitgehend unsere Sicht“. Auf einmal war nicht mehr der Rückzug Amerikas vom Alten Kontinent die Hauptfurcht der Europäer, sondern sein Paktieren mit Putin gegen sie.

WARUM TUT TRUMP ALL DIES? Und was bedeutet das für Europa, das sich auf einmal, wie Kevin in der Hollywood-Komödie, allein zu Haus findet? Die Antwort auf die erste Frage wissen wir nicht genau. Es kann sein, und das ist die machtpolitisch wohlwollendste Interpretation, vorgetragen von US-Außenminister Marco Rubio, dass Trump Russland mit einer Charmeoffensive (und der Ukraine als Geschenk) aus den Fängen Chinas herausführen und als Partner gewinnen will. Dieses Argument scheitert jedoch an der simplen Überlegung: Warum sollte Putin den irrlichternden Trump, der nur noch vier Jahre regieren kann, gegen den treuen Unterstützer Xi Jinping, der auf Lebenszeit herrscht, eintauschen?

Stephan Bierling
lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg. Aktuell erschien von ihm „Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“ (C. H. Beck).

Foto: Universität Regensburg

Wahrscheinlicher ist, dass der amerikanische Präsident sich in der rohen Großmachtpolitik einfach wohlfühlt. Schwächere einschüchtern, sich im Image des Macho-Führers suhlen, willkürlich handeln, anderen seine Lügen aufzwingen, Unterwerfung belohnen, Unbotmäßigkeit bestrafen – das hat Trump ein Leben lang praktiziert: als Immobilienentwickler, TV-Showmaster und Politiker. In seiner Welt sind Regeln, internationale Organisationen, Multilateralismus und Rücksichtnahme nicht vorgesehen, dort regiert das Gesetz des Dschungels. Trumps Kolonialansprüche auf Grönland, Kanada und den Panamakanal erinnern an Potentaten im 18. und 19. Jahrhundert. Nicht von ungefähr schwärmt er ständig von seinem Vorgänger William McKinley, einem Erzimperialisten, unter dem die USA 1898 nach einem provozierten Krieg mit Spanien die Philippinen, Guam und Puerto Rico übernahmen.

Dazu passt, dass Trump seit seinem Eintritt in die Politik 2015 Diktatoren hofiert und verbündete demokratische Staats- und Regierungschefs, die sich an Verfassung, Recht und Gewaltenteilung halten, als Schwächlinge verachtet. Putin sieht er als Blutsbruder, unlängst klagte er im Oval Office, wie übel das FBI sie beide verfolgt habe. Selenskyj hingegen verachtet der US-Präsident, seit dieser 2019 trotz aller Drohungen keine Schmutzgeschichten über Joe Bidens Sohn Hunter wegen dessen Ukrainegeschäften lieferte. Der Erpressungsversuch brachte Trump sein erstes Amtsenthebungsverfahren ein.

Getoppt wird alles von seinem Hass auf die EU. Schon 2016 hat Trump den Brexit befeuert und gefeiert, in seiner ersten Amtszeit titulierte er Brüssel als „Feind“. Ende Februar legte er bei seiner Strafzoll-Ankündigung auf europäische Importe nach: „Die Europäische Union wurde gegründet, um die Vereinigten Staaten fertigzumachen, das ist ihr Zweck, und das haben sie gut hingekriegt, aber jetzt bin ich Präsident.“

Nicht nur zu Hause, auch international lebt Donald Trump seine Rachefantasien und seinen Jähzorn aus

NICHT NUR ZU HAUSE, auch international lebt Trump Rachefantasien und Jähzorn aus. Das europäische Establishment hat während seiner ersten Amtszeit auf ihn herabgeschaut, ihn als Politproll geschmäht, seinen animalischen Instinkt für Stimmungen und die Sorgen der kleinen Leute lächerlich gemacht, seinen Wahlsieg 2016 als Ausrutscher betrachtet, sich an seiner Niederlage 2020 geweidet. Vier Jahre lang hat Trump in Mar-a-Lago seine Wunden geleckt, sich in seine selbstverliebte Opferrolle hineingesteigert und sich immer weiter radikalisiert. Jetzt, nach seinem historischen Comeback, ist Payback-Time, die Zeit, in der er es Europa heimzahlt. Die EU zu spalten, sich ihre Mitglieder separat vorzuknöpfen und dort autoritäre Glaubensgenossen an die Macht bringen zu wollen, folgt dieser Logik.

Schließlich ist nicht ausgeschlossen, dass Putin den US-Präsidenten wie eine Sprechpuppe kontrolliert. Trump soll bei seinem Moskaubesuch 1987 Dinge getan haben, die es dem KGB erlaubten, ein „Kompromat“ anzulegen – kompromittierende Fotos und Mitschnitte, mit dem es ihn erpresst. Hochrangige Mitarbeiter des russischen und kasachischen Geheimdiensts berichteten von seiner Existenz, erst kürzlich wieder. Der Bericht des Sonderermittlers und Ex-FBI-Chefs Robert Mueller von 2019 zu den Russland-Verstrickungen des Trump-Wahlkampfs konnte den Verdacht nicht ausräumen, ja lieferte ein weiteres Indiz dafür. Doch ein unwiderlegbarer Beweis fehlt. Die Akte Trump soll in Putins Händen sein; solange sie indes nicht öffentlich wird, bleibt alles Spekulation.

Für die Europäer ist es letztlich einerlei, warum der US-Präsident die westliche Ordnung zerstört. Trump II ist für sie der Gau, die Kernschmelze im Atomkraftwerk. Er verrät die um ihre Existenz kämpfende Ukraine und setzt die Waffenlieferungen aus, rehabilitiert den Kriegstreiber Russland und relativiert den Nato-Beistand. Dazu braucht Washington gar nicht formal aus

Europa ist seit 1990 bei der Wirtschaftskraft um ein Drittel hinter die USA zurückgefallen

der Allianz auszutreten. Jeder, auch Putin, weiß, dass es Trumps erster und tiefster Instinkt wäre, im Falle eines russischen Angriffs auf ein Bündnismitglied zu fragen, was für ihn herausspringt, falls er ihm zu Hilfe eilt. Erstmals seit 1945 muss sich Europa in der Welt zurechtfinden, in der die USA die liberale Ordnung nicht mehr garantieren, schlimmer noch: in der sie sich mit ihren Feinden zusammentun. Diese Ordnung hat den Europäern Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht, und die Deutschen profitierten am meisten von ihr. Auf skrupellose Großmachtpolitik sind sie nicht vorbereitet.

Europa ist seit 1990 an Wirtschaftskraft um ein Drittel hinter die USA zurückgefallen, viele Ökonomien sind verkrustet und wenig innovativ, es gibt immer mehr Alte und immer weniger Junge, zu viel Geld fließt in Sozialausgaben, zu wenig in Investitionen. Militärisch spielt der Kontinent weit unter Gewicht und ist nicht kriegstüchtig. 2024 erfüllten zwar 23 der 31 Nato-Staaten (ohne die USA) das Zwei-Prozent-Ziel bei der Verteidigung. Aber die Europäer leisten sich zu viele, zu teure und nicht kompatible Waffensysteme, kaufen drei Viertel davon außerhalb der EU, den Großteil in Amerika, und haben kaum eine wettbewerbsfähige Rüstungsindustrie. Sie besitzen 20 Typen von Kampfflugzeugen (USA: 11), 29 von Zerstörern und Fregatten (USA: 4) und 17 von Kampfpanzern (USA: 1). Die Zahl ihrer Kampfbataillone ist heute nicht höher als 2014, als Putin seinen Krieg gegen die Ukraine begann. Ohne amerikanische Logistik, Kommunikationssysteme, Luftraumkontrolle, Aufklärung, Raketen, Munition und im Ernstfall eingeflogene Truppen könnten die Europäer eine russische Invasion nicht abwehren. Zugleich dürfte der US-Nuklearschirm bald Geschichte sein.

WIE ALSO REAGIEREN auf eine Welt mit Amerika als Gegner? Es gibt vier Möglichkeiten: wegducken, sich mit Russland zusammentun, China als Partner suchen oder seine eigene Verteidigung organisieren. Die erste und bisher stets praktizierte Antwort wäre, sich zu empören über den Systemsprenger im Weißen Haus, Notfalltreffen abzuhalten, Solidarität und Völkerrecht zu beschwören – und dann nichts zu tun und darauf zu zählen, dass die USA schon helfen werden, solange ihre GIs hier stationiert sind.

So hatten es die Europäer bereits nach den Überfällen Russlands auf Georgien 2008 und die Ukraine 2014 gehalten, Trump I saßen sie aus und hofften auf die Wiederkehr der alten, guten Zeit. Jetzt eilten der französische Präsident Emmanuel Macron und der britische Premier Keir Starmer nach Washington und umgarnten Trump mit Schmeicheleien und Gastgeschenken wie der Einladung von König Charles III. in der Hoffnung, ihn bei der Stange zu halten. Aber beide kamen mit leeren Händen heim – nicht unerwartet, weil sie Trump nichts anbieten konnten, was er will, und ihm mit nichts drohen, wovor er Angst hat. Ihm bei Wohlverhalten den Friedensnobelpreis in Aussicht zu stellen, wie das Polens Außenminister Radosław Sikorski auf der Sicherheitskonferenz Mitte Februar mit Galgenhumor tat, offenbart die ganze Schwäche der Alten Welt.

Natürlich ist es angesichts der transatlantischen Machtverteilung klug, alles zu versuchen, die fast unverzichtbare Zusammenarbeit mit den USA zu retten. Dabei könnte helfen, dass Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufs Engste verwoben sind, klassische Republikaner an der Nato festhalten und die Demokraten europafreundlich sind. Sicherheitspolitik ergibt freilich nur Sinn, wenn sie vom schlimmsten Fall ausgeht. Die wilde Entschlossenheit Trumps, Deals über und gegen Europa zu schmieden, und ein Wahlsieg von Vance in vier Jahren gehören dazu. Und 100 000 GIs sind schnell abgezogen aus Europa. Wegducken ist deshalb eine Harakiri-Option.

Die zweite Möglichkeit für Europa wäre, selbst den Trump zu machen und sich mit Russland zu

arrangieren. Dafür gibt es durchaus Zustimmung. Ungarn und die Slowakei arbeiten bereits daran, Südländer wie Griechenland und Spanien würden sich dem wohl nicht entgegenstellen – zu weit sind Moskaus Truppen von ihnen entfernt. Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Herbert Kickl in Österreich oder Andrej Babiš in Tschechien wären dafür bestimmt auch zu haben, für sie kommt das Heil ja ohnehin aus dem Osten; und bei den Bundestagswahlen am 23. Februar stimmten mehr als ein Drittel der Deutschen – und 52 Prozent der 18- bis 24-Jährigen – für AfD, BSW und Linke, die dem Kreml nahestehen oder zu Vulgärpazifismus neigen.

Selbst die SPD rehabilitierte ihren obersten Putin-Buddy Gerhard Schröder im vergangenen Wahlkampf. Dass Berlin bereit ist, Politik über die Köpfe der Ukrainer und ohne Rücksicht auf deren Sicherheitsinteressen zu betreiben, haben drei Kanzler mit Nord Stream 1 und 2 fast 20 Jahre lang demonstriert. Die Großindustrie dürfte einen Pro-Moskau-Kurs begrüßen: Schon 2014 verharmloste Siemens-Chef Joe Kaeser den Völkerrechtsbruch des gewaltsamen Krimanschlusses nach einem Gespräch bei Putin mit dem Hinweis, man lasse sich angesichts 160-jähriger Geschäftsbeziehungen zu Russland „nicht übermäßig von kurzfristigen Turbulenzen“ leiten.

Doch ein Arrangement mit dem Kreml bedeutete die Selbstzerstörung Europas. Polen, Balten, Skandinavier und Briten würden nie dabei mitmachen, mit einer Hinnahme des russischen Vernichtungskriegs die moralische Basis des Kontinents vollends zu zerstören. Zugleich wären Stabilität und Sicherheit Europas akut gefährdet. Millionen Ukrainer dürften im Falle eines Diktatfriedens nach Polen, Deutschland und Frankreich fliehen, was dort, wie von Putin und Trump erhofft, Rechtspopulisten an die Macht spülen könnte. Und Russland hätte bewiesen, dass der Westen so schwach und dekadent ist, wie es immer behauptet. Es würde sich ermutigt fühlen, Moldawien, Georgien und die baltischen Staaten als Nächste in sein Imperium einzugliedern. Am Ende stünde ein Europa, in dem Moskau das Sagen hat.

Pekings Traum: die Alte Welt aus der transatlantischen Allianz lösen und ins chinesische Lager ziehen

DIE DRITTE OPTION: Wenn nicht Russland, dann China als neuer bester Freund? Das Land hat den Vorteil, am anderen Ende Eurasiens zu liegen, 8000 Kilometer sind es von Brüssel nach Peking. Das ist ein Vorteil bei Allianzen, weil man als kleinerer Partner keinen militärischen Überfall fürchten muss. Zudem ist China wirtschaftlich und technologisch stark und besitzt Sprachrohre in der EU: Griechenland und Ungarn blockieren notorisch Berichte, die die chinesische Menschenrechtslage anprangern, auch die deutsche Exportindustrie handelt gern als fünfte Kolonne Pekings. In Anbetracht von Trumps Zolldrohungen erklärte sogar Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eine langjährige Chinakritikerin, Anfang Februar ihren Willen, die Beziehungen zu Peking zu verbessern.

Dort ist man an den Europäern interessiert, schon in Trumps erster Amtszeit bot sich Präsident Xi Jinping ihnen beim Weltwirtschaftsforum in Davos als Garanten von Multilateralismus und Freihandel an. Auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz umgarnte Chinas Außenpolitikchef Wang Yi nach Vance’ Rede unverhohlen Europa. Für Peking würde sich ein Traum erfüllen: die Alte Welt aus der transatlantischen Allianz lösen und in sein Lager ziehen. Der Preis für Europa wäre indes enorm. Es müsste Xis Expansion in der Südchinesischen See und seine angedrohte Annexion Taiwans akzeptieren, jede Kritik an Menschenrechtsverletzungen einstellen, in der Uno mit Peking stimmen und die Tür für sicherheitspolitisch heikle Investitionen öffnen. Am Ende wäre Europa Absatzmarkt, politisches Anhängsel und Disneyland der Chinesen.

Das lässt nur den vierten, schwierigen Weg zu, will Europa nicht zum Spielball der Großen werden: sich im Zeitraffer für die böse neue Welt rüsten – am besten innerhalb einer reformierten Nato. Die

alte Allianz ist tot. Die USA waren 77 Jahre lang ihr Rückgrat, ohne ihre politische Führung, militärischen Kapazitäten und nukleare Abschreckung ist die Nato nur einen Bruchteil wert. Aber dieser Bruchteil ist immer noch unendlich viel mehr, als was die EU bietet. Sie hat bis auf ein Abkürzungssammelsurium wie GASP, ESVP und PESCO nicht viel hingekriegt, ihrem ersten gerade berufenen Verteidigungskommissar Andrius Kubilius fehlen Geld, Truppen und Waffen. Dazu können Putin-Freunde wie Viktor Orbán (Ungarn) oder Robert Fico (Slowakei) Beschlüsse mit einem Veto verhindern. Eine völlig neue Organisation inner- oder außerhalb der Union zu schaffen, würde zu viel Zeit und Energie verschlingen. Selbst eine Rumpf-Nato ohne die USA böte ein integriertes Hauptquartier, eingespielte Teams, eigene Aufklärungsflugzeuge und verfügbare Operationspläne bei einem russischen Angriff.

Diese neue Allianz müsste schnellstens den Ausfall der USA in fünf Feldern kompensieren: 1. politische Führung, 2. Luftraumverteidigung, Logistik, Drohnen- und Cyberkriegführung sowie Aufklärung, 3. Soldaten, 4. Unterstützung der Ukraine und 5. nukleare Abschreckung. Dafür bleiben den Europäern maximal fünf Jahre, sagen die Geheimdienste. Putins Kriegsmaschinerie läuft auf Hochtouren, und von 2030 an soll sie zu Angriffen auf Länder der Nato-Ostflanke fähig sein. Schon heute produziert die russische Rüstungsindustrie in drei Monaten so viele Panzer, wie die Bundeswehr insgesamt hat.

Die politische Führung der Allianz wird künftig eine kollektive sein, kein Staat bringt nur annähernd so viel militärisches und politisches Gewicht auf wie die USA. Dabei schält sich überraschenderweise Großbritannien als Primus inter Pares heraus. Brexit, Boris Johnsons Kapriolen und ständige Premierministerwechsel liegen hinter dem Land, und obwohl es ökonomisch schwächelt, hat es mit Keir Starmer einen Regierungschef mit riesiger Parlamentsmehrheit, der sich erst 2029 Wahlen stellen muss. Zudem haben die Briten schon vor Putin gewarnt, als die beiden großen Mächte des Kontinents, Frankreich und Deutschland, noch auf Schmusekurs mit ihm waren. Dies sichert London die Gefolgschaft der Skandinavier, Balten, Polen und Tschechen.

Macron hingegen ist nach der verbockten Auflösung der Nationalversammlung 2024 angeschlagen und hat gerade noch zwei Jahre im Élysée-Palast ohne Wiederwahl-Möglichkeit. Und Deutschland gilt seit Jahrzehnten sicherheitspolitisch als Problembär. Sollte Friedrich Merz Kanzler werden, muss er dieses Image erst einmal korrigieren – was nicht leicht wird mit der selbsterklärten Friedenspartei SPD im Schlepptau. Insofern war es folgerichtig, dass Starmer am 2. März in London eine Koalition der Willigen zusammentrommelte. Sie könnte den Nukleus bilden für eine Nato 2.0, dank des Interesses Kanadas nicht einmal ein Etikettenschwindel („Nord Atlantik“).

Eine neue Allianz müsste schnellstens den Ausfall der USA in fünf Feldern kompensieren

ERSTE AUFGABE WÄRE ES, die militärischen Mängel zu beheben. Das funktioniert nur, wenn die Rüstungsindustrie Planungssicherheit erhält und ihre Kapazitäten ausbaut. Gebraucht werden Munition und Raketen für Artillerie und Luftabwehr, KI-gesteuerte Aufklärungs- und Angriffsdrohnen, Artilleriegeschütze, Schützen- und Kampfpanzer, Transportflugzeuge, Satelliten. Ohne die USA müssen die Europäer ihre Verteidigungsausgaben verdoppeln auf 3,5 bis 4 Prozent pro Jahr. Dabei kommt es auf Deutschland an, das einzige finanziell handlungsfähige große Land. Dass die sich abzeichnende Koalition aus Union und SPD die Schuldenbremse für die Bundeswehr aussetzen will, ist zumindest der zweitbeste Weg (ein Sondervermögen wäre ordnungspolitisch sauberer gewesen), die notwendigsten Waffensysteme in den nächsten drei bis fünf Jahren zu beschaffen.

Noch länger wird es dauern, die US-Truppen zu ersetzen. Im Moment stehen 100 000 GIs in

Europa, die Nato-Pläne sehen im Verteidigungsfall das schnelle Einfliegen von weiteren 200 000 Soldaten vor. Eine Nato 2.0 muss also 300 000 Männer und Frauen zusätzlich stellen. Auch hier hat Deutschland als bevölkerungsreichster Staat der neuen Allianz – die Türkei wird wohl nicht zu ihr gehören, zu unzuverlässig ist Staatschef Erdogan – die größte Bringschuld. Im Moment passt fast die ganze deutsche Armee in zwei Fußballstadien. Es wird schwer, das fatale Aussetzen der Wehrpflicht zu revidieren, da Ausbilder, Unterkünfte, Erfassungssysteme und Rekruten fehlen. Doch für alles gibt es Lösungen: Pensionierte Offiziere kann man mit gut dotierten Zeitverträgen zurückholen, US-Liegenschaften bei Abzug der Amerikaner ankaufen, Millionen von Flüchtlingen, überproportional junge Männer, einen deutschen Pass anbieten, wenn sie sich für fünf Jahre bei der Bundeswehr verpflichten. Das würde zugleich ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen. Wer Deutschland als neue Heimat will, darf es gern verteidigen.

Für Europa gibt es in der post-transatlantischen Welt nur schlechte und weniger schlechte Optionen

SCHLIESSLICH IST DIE UKRAINE nicht nur ein Problem, sondern auch eine Lösung für die selbst verschuldeten Schwierigkeiten Europas. Sie stellt die meisten und kampferprobtesten Soldaten des Kontinents, sie hat die innovativste und effizienteste Waffenindustrie, sie baut die weltweit größte Zahl von Drohnen, sie ist nicht dem Korsett von europäischem KI-Gesetz oder deutschem Datenschutz unterworfen, sie will mit Europa engst zusammenarbeiten – weil davon ihr Überleben abhängt. Und sie hat mit Selenskyj den eindrucksvollsten Staatsmann des Westens seit Generationen, einen Churchill unter den vielen Chamberlains.

Ein Gutteil des frischen deutschen und europäischen Geldes für Rüstung und das gesamte eingefrorene russische 200-Milliarden-Euro-Vermögen muss deshalb in die Unterstützung der Ukraine fließen. Sie erkauft dem Rest Europas in heroischer Abwehrschlacht und unter hohem Blutzoll Zeit, um selbst kriegstüchtig zu werden. Fällt das Land, kollabiert die Verteidigungsfähigkeit des Kontinents. Eine siegreiche, das heißt freie Ukraine wäre hingegen als Sparta Europas Dreh- und Angelpunkt der Nato 2.0.

Bleibt noch die nukleare Abschreckung der USA, die Europa seit den 1950er Jahren Freiheit und Frieden sichert. Das ist das heikelste und schwierigste Problem. Um den französischen oder britischen Atomschirm aufzuspannen, braucht es mehr als Absichtserklärungen aus Paris oder London. Beide besitzen zusammen gerade einmal 500 Sprengköpfe, Russland hat zehn Mal so viele. Parallel zum Bau weiterer Nuklearwaffen mit kleinerer und größerer Zerstörungskraft müssen U-Boote, Langstreckenbomber und Interkontinentalraketen als Trägersysteme beschafft werden. Und es gilt zu klären, wie Deutschland, Polen und die Ukraine eine nukleare Teilhabe erhalten können. Das alles kostet Zeit und Dutzende von Milliarden Euro, die primär Berlin würde aufzubringen haben. Was die Sache noch unberechenbarer macht: Über allem hängt das Damoklesschwert eines Wahlsiegs Le Pens 2027, die keine Nukleargarantie für Verbündete abgeben will, und eines Vetos der USA gegen eine britische Zusage.

Gute Optionen gibt es also nicht für Europa in der posttransatlantischen Welt, nur schlechte und weniger schlechte. Jetzt holt den Kontinent die brutale machtpolitische Realität ein, deren Kern der griechische Historiker Thukydides vor 2400 Jahren in „Der Peloponnesische Krieg“ erfasste: „Die Starken tun, was sie wollen, und die Schwachen ertragen, was sie müssen.“ Was bleibt, ist die Hoffnung – darauf, dass Trump sich umbesinnt, wenn er als Verlierer aus seinem Machtpoker hervorzugehen droht; darauf, dass Putin und Xi im Siegestaumel Fehler begehen; darauf, dass die Europäer und insbesondere die Deutschen endlich in der Wirklichkeit ankommen. ●